

Familie fordert einen Schulbus – und zwar subito

Ein Ehepaar aus Eptingen ist mit der vom Kanton angekündigten Übernahme der U-Abo-Kosten nicht zufrieden.

Als der Kanton am 9. Juni entschieden hat, neuerdings einen grossen Teil der Transportkosten von Sekundarschülern zu übernehmen, dachten wohl manche, nun die optimale Lösung zu bieten. Doch weit gefehlt: Ein Eptinger Ehepaar, das auf einem relativ abgelegenen Hof lebt, lehnt sich dagegen auf.

Kanton bezahlt U-Abo, doch das reicht der Familie nicht

Bereits am 19. Februar hat das Kantonsgericht entschieden, dass Schulwegkosten vom Kanton übernommen werden müssen, sofern der Schulweg die zumutbaren Mindestgarantien nicht erfüllt. Dabei werden nicht nur die ÖV-Kosten bezahlt, sondern auch den Eltern, die ein Schulkind chauffieren, 70 Rap-

pen pro Kilometer erstattet. Dies soll nach den individuellen Gegebenheiten, in Abhängigkeit von Topografie und Kindesalter, beurteilt werden. Anschliessend folgte der Regierungsrat mit der entsprechenden Änderung der «Verordnung für die Sekundarschule». Neu übernimmt der Kanton 80 Prozent der U-Abo-Kosten bei unzumutbarem Schulweg.

Darunter fallen nach den Angaben des Regierungsrats Schulwege von mehr als sechs Kilometern oder mit mehr als 150 Metern Höhendifferenz. Eine Zusammenstellung von Wohngemeinden mit automatischem Entschädigungsanspruch wurde sogleich angehängt. In diese Kategorie fällt auch der Schulweg von Eptingen nach

Sissach, der rund zehn Kilometer lang ist.

Nun folgte am Freitag ein offener Brief der in Eptingen wohnhaften Erich und Regina Schweizer. Adressiert ist er an Regierungsräsident Isaac Reber als Leiter der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD). Darin verlangt die Familie Schweizer die Einführung eines Schulbusses. Mit dessen Einführung «erübrige sich eine kantonale Beteiligung an den U-Abo-Kosten sowie die Entschädigung für Eltern-Taxis», argumentieren die beiden. Aber nicht nur das, der Transport von Schulkindern in Linienbussen sei sogar unzulässig: «Die Schulkinder werden seit mehr als 35 Jahren mit illegalen Verkehrsmitteln in die Schule befördert.»

«Die Schulkinder werden seit mehr als 35 Jahren mit illegalen Verkehrsmitteln in die Schule befördert.»

Erich und Regina Schweizer
Eltern aus Eptingen

Neben diesem Hauptanliegen zeigen sie sich sehr enttäuscht von den «bildungsverantwortlichen Personen» und werfen diesen sogar rechtsmissbräuchliches Handeln vor. Direkt be-

schuldigt wird der jetzige Leiter des Amts für Volksschulen (AVS) Beat Lüthy, denn dieser habe eine Beschwerde von den Verfassern, die im 2017 erhoben wurde, nie beurteilt.

Das Anliegen ist den Behörden nicht unbekannt

Das Dossier der Familie Schweizer ist in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD), zu der das AVS gehört, hinlänglich bekannt. BKSD-Kommunikationsverantwortliche Fabienne Romanens meint zu den Anschuldigungen: «Herr Schweizer wurde immer sehr ernstgenommen und es wurde versucht, auf seine Anliegen einzugehen.» Romanens betont zudem, dass Erich Schweizer sogar von BKSD-Vorsteherin Mo-

nica Gschwind persönlich empfangen wurde, um seine Anliegen zu deponieren.

Ob Regierungsratspräsident und BUD-Vorsteher Isaac Reber der Familie dieselbe Ehre erweisen wird, bleibt unklar. BUD-Sprecher Nico Buschauer erklärte, dass von dem Schreiben Kenntnis genommen wurde, aber man «sich inhaltlich nicht in den Medien äussert».

Gemäss dem offenen Schreiben der Familie Schweizer befände sich das Dossier bereits auf dem Schreibtisch des Bundesgerichtspräsidenten. Wann und ob dieses zur Kenntnis genommen wird, ist unsicher. Sicher ist das aber nicht das letzte Wort der Familie Schweizer.

Meret Rieger